

Kultusminister

KONFERENZ



Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland

Presse und Öffentlichkeitsarbeit

Zeichen: GSZ 1

Telefon: -611

Telefax: -608

mail: presse@kmk.org

Sekretariat der
Kultusministerkonferenz
Lennéstraße 6
53113 Bonn

Postanschrift:
Postfach 2240
53012 Bonn

Telefon:
(0228) 501-0
Telefax:
(0228) 501-777
Internet:
www.kmk.org

Berliner Büro
im Wissenschaftsforum
am Gendarmenmarkt
Markgrafenstraße 37
10117 Berlin

Telefon:
(030) 25418-400
Telefax:
(030) 25418-451

**Antrittsrede der Ministerin für Kultus, Jugend und Sport
des Landes Baden-Württemberg, Dr. Annette Schavan,
anlässlich der Übernahme der
Präsidenschaft der Kultusministerkonferenz**

am 16. Januar 2001

im Sekretariat der Kultusministerkonferenz in Bonn

Sperrfrist

Bonn, 16. Januar 2001, 12.00 Uhr

- Es gilt das gesprochene Wort -

1.

Bildung und Erziehung gehören zu den großen Kulturleistungen einer Gesellschaft. Sie haben wesentlichen Anteil an dem, was ein Gemeinwesen trägt, prägt und zusammenhält. Insofern sind sie Teil eines geistigen Generationenvertrages. Sie stehen zugleich unter dem Anspruch, die jeweiligen Modernisierungsprozesse einer Gesellschaft dadurch zu befördern, dass junge Menschen entsprechend vorbereitet werden und Wissenschaft und Forschung das notwendige Klima für erfolgreiches Arbeiten vorfinden.

Bildung, Ausbildung, Wissenschaft und Forschung sind der Schlüssel für individuelle Lebenschancen und Motor für die soziale, kulturelle und wirtschaftliche Entwicklung einer Gesellschaft.

2.

Bildungs-, Kultur- und Wissenschaftspolitik sind von daher ein gewichtiger Teil der Gesellschaftspolitik. Es ist der Teil, der in der Verantwortung der Länder liegt. Nirgends wird so deutlich wie hier: Der Bund ist eine Gründung der Länder. Bund und Länder arbeiten in einem partnerschaftlichen und zugleich von Subsidiarität geprägten Verhältnis miteinander.

Die Kultusministerkonferenz steht im Dienste der Kulturhoheit. Über die Parteigrenzen hinweg besteht in der KMK Konsens darüber, dass die Kulturhoheit keine "Verfassungsfolklore" ist. Sie sichert und bewahrt vielmehr gewachsene regionale Kulturen. Die KMK leistet ihren Beitrag zur Festigung der föderalen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland und steht zugleich in der Verantwortung, Einheit in der Vielfalt zu wahren.

Es ist nur natürlich, dass in Zeiten der Globalisierung und Internationalisierung der

Föderalismus kritisch befragt wird. Wir müssen uns diesen kritischen Fragen stellen. Der Föderalismus darf weder als Mobilitätshemmnis wirken, noch dürfen die damit verbundenen Strukturen im internationalen Wettbewerb leistungshindernd sein. Gerade hier, bei der Frage der Leistungsfähigkeit eines Bildungswesens wirkt sich nach meiner festen Überzeugung der Föderalismus positiv aus. Er erlaubt und will den Wettbewerb um die besten Ideen und Lösungswege. Die vom Bildungswesen erwarteten Modernisierungs- und damit verbundenen Veränderungsprozesse aber lassen sich am ehesten im Wettbewerb erfüllen. Die KMK hat in den letzten Jahren - ich erinnere nur an die "Husumer Beschlüsse" - gezeigt, dass sie Möglichkeiten des Wettbewerbs in den Ländern um die bessere Bildungs- und Kulturpolitik eröffnet und größere Aktionsspielräume für eigenständige Lösungen gibt. Es sind im Übrigen vor allem die Erfahrungen mit der Globalisierung, die uns derzeit den Wert der Region und der Stärkung regionaler Besonderheiten wieder neu erkennen lässt. Globalisierung darf nicht mit immer mehr Zentralismus verbunden sein. Die Gestaltungskraft der kleinen Einheit muss Vorrang haben vor größeren Einheiten, nur so kann mehr Beteiligung von mehr Bürgerinnen und Bürgern an gesellschaftspolitischer Gestaltung möglich werden. Was im Allgemeinen und vor allem im Blick auf unsere europapolitischen Debatten gilt, das gilt in besonderer Weise für das Bildungswesen. Auch hier besteht über Parteigrenzen hinweg Konsens darüber, dass die einzelne Schule und Hochschule nicht das letzte Glied in komplizierten Verwaltungsabläufen sein darf. Mehr Eigenständigkeit und Selbstverantwortung erweisen sich als wirksame Wege der Modernisierung.

Deshalb ist es mein erklärtes Ziel, dass wir auf diesem Weg in der KMK weitere Fortschritte erzielen: uns nicht mit dem kleinsten gemeinsamen Nenner zufrieden geben, sondern Spielräume schaffen, die die Umsetzung guter Ideen ermöglichen und eben nicht behindern. Die Kultusministerkonferenz muss ein *Motor des Wettbewerbs* sein - des Wettbewerbs um mehr Chancen, mehr Vielfalt, mehr Leistungsfähigkeit für

die Bildung junger Menschen und für die Sicherung ihrer Zukunftsperspektiven.

Zugegebenermaßen ist das keine leichte Aufgabe, die der Föderalismus im Bereich von Bildung, Kultur und Wissenschaft zu leisten hat. Es muss Einheit geschaffen und Wettbewerb ausgelöst werden; so viel Einheit wie nötig und so viel Wettbewerb wie möglich. Der Föderalismus bleibt immer auch das System des Ausgleichs und der Vermittlung, weil z. B. die Festlegung von Mindeststandards in der schulischen Bildung bedeutsam sind für die Gewährleistung gleicher Bildungschancen. Das ist ein hohes Gut, weil Verlass sein muss auf die Qualität von Bildungsabschlüssen. Keine Frage also, auch in Zukunft wird gestritten werden über das Maß des Wettbewerbs und der Unterschiedlichkeit, die wir uns leisten sollten. Leisten sollten, um das Bildungswesen in Deutschland insgesamt und vor allem im internationalen Wettbewerb überzeugender zu gestalten, als dies in einzelnen Bereichen derzeit der Fall ist. Der Föderalismus, so hat Hans Maier es einmal gesagt "bedarf der klugen Handhabung, der ständigen Anpassung, des vernünftigen Ausgleichs."

3.

Wenn ich davon spreche, dass unser aller Anliegen sein muss, das Bildungswesen überzeugender zu gestalten, so reihe ich mich nicht bei denjenigen ein, die bei der Beschreibung des Bildungswesens in Deutschland überwiegend Defizite feststellen. Aus Defizitanalysen allein entsteht noch keine erfolgreiche Strategie zur Entwicklung eines zukunftsfähigen Bildungswesens - das gilt für unsere Schulen ebenso wie für die Weiterbildung und die Hochschulen. Vielleicht leidet unser Bildungswesen ja am meisten darunter, dass fast alle so tun, als seien sie Zuschauer - unbeteiligt am bildungspolitischen Geschehen. So wird nach wie vor der Katalog dessen, was von unseren Schulen erwartet wird, immer länger. Wir fragen vorwiegend nach dem, was Schulen noch zusätzlich leisten sollen. Ein Bildungswesen kann aber nur erfolgreich sein, wenn die Gesellschaft sich selbst als lernende Gesellschaft definiert. Lernen und

Leistung brauchen insgesamt einen höheren Stellenwert und die Institutionen, in denen Bildungsprozesse organisiert werden, brauchen mehr gesellschaftliche Solidarität. Das gilt in besonderer Weise für diejenigen, die pädagogisch wirken - in unseren Familien, in der Jugendbildung, in der Weiterbildung, in den Schulen und Hochschulen. Es war deshalb im vergangenen Jahr ein wichtiger Schritt und ein gutes Zeichen, dass zwischen den Lehrerverbänden in Deutschland und der KMK eine Erklärung unterzeichnet wurde. Natürlich sind damit nicht schon anstehende Probleme gelöst. Aber die Voraussetzung, um gemeinsam an der Lösung von Problemen zu arbeiten, ist die gegenseitige Wertschätzung. Und, noch einmal gesagt: Es reicht nicht aus, die Aufgaben, die sich einer Wissensgesellschaft stellen, zu delegieren an hierfür zuständige Institutionen. Diese Aufgaben müssen gemeinsam gemeistert werden. Das wird in den kommenden Jahren auch bedeuten, dass die Bereitschaft zur Stabilisierung der Bildungsausgaben auf allen Ebenen vorhanden sein muss. Wenn es stimmt, wie wir alle sagen, dass Bildung, Ausbildung, Wissenschaft und Forschung zu den entscheidenden strategischen Wettbewerbsvorteilen gehören, dann muss das Konsequenzen haben für die Prioritätensetzung in unseren Haushalten - bei den Kommunen, bei den Ländern und im Bund.

4.

Qualitätssicherung im Bildungswesen braucht die notwendigen finanziellen Ressourcen. Wir tragen aber auch Verantwortung dafür, dass die zur Verfügung gestellten Ressourcen wirksam eingesetzt werden. Mit mehr Geld alleine ist die Aufgabe der Qualitätssicherung noch nicht bewältigt. Nachhaltige Wege zur Persönlichkeitsbildung einerseits und zu verbesserter Unterrichtsqualität andererseits müssen im Vordergrund unserer Bemühungen in den nächsten Jahren stehen. Internationale Vergleichsstudien haben uns gezeigt, dass nicht in erster Linie äußere Rahmenbedingungen, wie etwa die Zahl der Unterrichtsstunden, entscheidend sind. Kinder und Jugendliche stehen heute unter dem Eindruck vielfältiger Bilder,

Erfahrungen und auch außerschulischer Lernangebote. Es fehlt uns in Deutschland an Originalität im Blick auf nachhaltige Lernstrategien, anwendungsorientiertes Lernen und einer damit verbundenen Konzentration auf nachhaltige Strategien zur Aneignung und Verarbeitung von grundlegendem Wissen, das sich lebenslang weiterentwickelt. Wir brauchen nicht immer mehr Schulfächer und immer mehr Spezialisierung. Wir brauchen einen didaktischen Qualitätsschub und die Konzentration auf das Wesentliche. Zu unseren Aufgaben in der KMK wird es gehören, zu einer verstärkten Zusammenarbeit zwischen Schulen und Hochschulen im Blick auf die Entwicklung von Lernstrategien und didaktischer Erneuerung zu kommen. In unseren Hochschulen ist mehr Interesse notwendig an der Schule als Forschungsgegenstand. Die Nahtstelle zwischen Schule und Hochschule einerseits sowie Schule und Ausbildung andererseits muss im Sinne junger Menschen stimmiger gestaltet werden. In diesem Zusammenhang halte ich es auch für bedenkenswert, ob wir nicht über Ländergrenzen hinweg zu mehr Gemeinsamkeit im Blick auf Kerncurricula kommen sollten.

Im Sinne der Qualitätssicherung ist es aus meiner Sicht ein großer Fortschritt, dass sich die Kultusministerien der Länder gemeinsam mit dem Bund an der internationalen Vergleichsstudie PISA beteiligen. Die gemeinsame und systematische Beschäftigung mit Qualitätsentwicklung in den Schulen wird in diesem Jahr intensiv fortgesetzt werden. Die KMK hat bekanntlich weitere empirische Untersuchungen in Auftrag gegeben: die internationale Grundschul-Lese-Untersuchung (IGLU) zum Leseverständnis unserer Grundschüler sowie die Untersuchung zur Kompetenz von Neuntklässlern in Deutsch und Englisch mit der ebenso schönen Abkürzung DESI. Ziel dieser Studie ist, in einem für die Allgemeinbildung und Studierfähigkeit besonders sensiblen Bereich zu "harten Fakten" zu kommen.

Ein Bericht über den ersten Erhebungszyklus des internationalen Teils von PISA und

ein Bericht über die Ergebnisse der nationalen Fragestellungen werden Ende dieses Jahres erscheinen. Ziel dieser Studien ist die Verbesserung der Unterrichtsqualität im Blick auf seine inhaltliche und methodische Gestaltung. Deshalb ist die Bereitschaft, aus Ergebnissen auch Konsequenzen zu ziehen, so bedeutsam wie die Vergleichsstudien selbst. In diesem Zusammenhang scheint mir insgesamt vor allem eine Stabilisierung im Bereich der mathematisch-naturwissenschaftlich-technischen Bildung bedeutsam. Wir können uns nicht damit abfinden, dass in Deutschland nur noch 10% der Gymnasiasten einen Leistungskurs in den Naturwissenschaften wählen. Sie kennen meine persönliche Überzeugung, dass hierzu eine neue Struktur der gymnasialen Oberstufe wichtig wäre, wie wir sie in Baden-Württemberg ab dem Schuljahr 2001/2002 einführen. Die Naturwissenschaften dürfen in unseren Schulen nicht marginalisiert werden. Jugendliche dürfen nicht auf Schulstrukturen stoßen, in denen ihnen vom System her ein Umgehen solider naturwissenschaftlicher Grundbildung ermöglicht wird.

5.

Ein Schlüssel für die Qualitätssicherung in den kommenden Jahren wird sein, qualifizierte Lehrerinnen und Lehrer für unsere Schulen zu finden. Wir wissen, dass Abiturientinnen und Abiturienten bei ihrer Studienwahl rasch reagieren auf Nachrichten über Arbeitslosigkeit in bestimmten Berufen. Die Nachricht in den 90er Jahren war in dieser Hinsicht - im Blick auf den in den kommenden Jahren anstehenden umfassenden Generationenwechsel in unseren Schulen und Hochschulen - kontraproduktiv. Zwangsteilzeit, Angestelltenverträge, die Reduzierung von Referendargehältern - all das sind Signale gewesen, die beigetragen haben zu einer geringeren Attraktivität des Lehrberufs. Nicht zuletzt hat dazu die mangelnde gesellschaftliche Anerkennung des Lehrberufs beigetragen. Hier muss jetzt rasch umgesteuert werden. Das gilt bereits für den diesjährigen Abiturjahrgang. Wir müssen deutlich machen, dass in den kommenden 10 Jahren in unseren Schulen

attraktive Arbeitsplätze zur Verfügung stehen. Die Lehrerbildung muss profiliert werden - das gilt für Studium, Referendariat und berufsbegleitende Fortbildung. Wir müssen nachdenken über Quereinsteiger in den Lehrerberuf und für solche Personengruppen ggf. Aufbaustudien zum Erwerb pädagogischer Professionalität anbieten. Wir müssen darüber nachdenken, wie frühzeitig wir jenen, die sich für den Lehrerberuf entscheiden, eine Einstellungsperspektive geben. Und nicht zuletzt gehört in diesen Bereich auch die Frage nach einer Weiterentwicklung des Dienstrechtes für mehr Leistungsgerechtigkeit in unseren Kollegien. Das alles sind Fragen, die uns bereits in den nächsten Monaten beschäftigen werden, weil hier rasches Handeln notwendig ist.

6.

Qualitätssicherung in der beruflichen Bildung heißt für mich, das System der Dualen Berufsausbildung strukturell weiter zu entwickeln. Die enge Kooperation der Lernorte Betrieb und Schule in der dualen Bildung ist nach Auffassung aller Beteiligten in hohem Maße geeignet, den Anforderungen einer sich stetig und immer schneller wandelnden Arbeitswelt zu begegnen. Die KMK hat mit ihrem Modell von Basisqualifikationen und Elementen der Spezialisierung in der beruflichen Erstausbildung ein zukunftsfähiges Strukturmodell vorgelegt. Wir stehen in Gesprächen mit der Wirtschaftsministerkonferenz, um abgestimmte Konzepte zu entwickeln. Erste Gesprächsergebnisse haben wir der Bundesregierung übermittelt. Nach meiner festen Überzeugung kann die Lernortkooperation von Betrieb und Schule ein besonderes Qualitätsmerkmal in der Gestaltung der Abschlussprüfung als einer gemeinsamen Prüfung erhalten. Wir haben damit in Baden-Württemberg gute Erfahrungen gemacht. Nach dem Berufsbildungsgesetz ist die berufliche Bildung Sache der Wirtschaft. Es ist allen Beteiligten auch klar, dass nicht überall die strukturellen Voraussetzungen für die duale Ausbildung gleichermaßen gegeben sind. Klar muss aber sein, dass auch solche Wege, die vorwiegend über schulische

Ausbildungen gehen, einen ständigen Bezug zur betrieblichen Wirklichkeit brauchen. Alle Weiterentwicklung in der beruflichen Bildung braucht die Orientierung an der Realität der Branche, des Betriebes und dem schnelllebigen Wandel in der Arbeitswelt. Nur wenn diese Voraussetzung gegeben ist, werden wir auch in Zukunft sagen können, dass das System der beruflichen Bildung bei uns ein wesentlicher Grund für die in Deutschland im europäischen Vergleich niedrige Jugendarbeitslosigkeit ist.

7.

Uns wird in diesem Jahr schließlich beschäftigen, wie unsere Hochschulen und Forschungseinrichtungen im internationalen Vergleich zukünftig konkurrenzfähig sein können. Es besteht Konsens darüber, dass hierzu eine Modernisierung des Dienstrechtes an den Hochschulen notwendig ist. Die aktuellen Vorschläge gehen grundsätzlich in die richtige Richtung: Stärker eigenverantwortlich handelnde und auf Wettbewerb ausgerichtete Hochschulen brauchen ein Besoldungssystem für die Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer, das es ermöglicht, besondere Leistungen stärker zu honorieren als bislang. Wissenschaftliche Schwerpunktsetzungen müssen durch besondere Anreize auch finanzieller Art attraktiv gestaltet werden können. Ein System mit festen sowie leistungsbezogenen, variablen Gehaltsbestandteilen, die in der Eigenverantwortung der Hochschulen eingesetzt werden können, trägt dem besser Rechnung als das herkömmliche System. Das Anliegen, dem wissenschaftlichen Nachwuchs größere Selbstständigkeit und damit größere Entfaltungsmöglichkeiten zu geben, ist ebenfalls zu begrüßen. Über die generelle Abschaffung der Habilitation besteht bislang kein Konsens. Dies vor allem im Blick auf die Vielfalt der Fächerkulturen. Wir werden also neben manch grundsätzlicher Übereinstimmung über einige Details noch zu sprechen haben. Das muss mit dem Ziel geschehen, einerseits den unterschiedlichen Erfordernissen des weiten Spektrums der Fächerkulturen gerecht zu werden, für die Profilierung und Schwerpunktsetzung von

Hochschulen Spielräume zu geben und zugleich Sorge dafür zu tragen, dass bestimmte Fächerkulturen, wie z. B. die Geisteswissenschaften, nicht vernachlässigt werden. Alle Hochschulreformen der Länder sollten nach meiner Überzeugung mit dem Anspruch verbunden sein, unseren Hochschulen mehr Autonomie zu ermöglichen und eine differenzierte Hochschullandschaft zu ermöglichen, zu der neben den Universitäten und den Fachhochschulen auch die Berufsakademien als ein erfolgreiches Modell der dualen wissenschaftlichen Bildung gehören.

8.

Wir werden uns in diesem Jahr an einem Plenartag ausschließlich mit kulturpolitischen Fragen beschäftigen. Hierbei gilt unser Augenmerk besonders auch der auswärtigen Kulturpolitik und damit verbundener richtiger Akzente. Ein falscher Akzent wäre es, in der auswärtigen Kulturpolitik als der vielzitierten "dritten Säule" der deutschen Außenpolitik die Kürzung der Mittel fortzusetzen. Das sage ich im Blick auf die Goethe-Institute, den Schüler-, Lehrer-, Studenten- und Wissenschaftleraustausch und auch im Blick auf die schulische Arbeit im Ausland. Hier haben Bund und Länder eine gemeinsame Infrastruktur geschaffen, die es in ihrer Effizienz zu erhalten gilt. Es gibt kein wirksameres Instrument, den Bildungsstandort Deutschland international zu öffnen, als die Arbeit der deutschen Auslandsschulen und der dort tätigen Lehrkräfte. Sie zeigen im Ausland auf, was Bildung und Kultur "Made in Germany" heißt, und wir vermitteln dies an junge Menschen, die vielleicht einmal hier bei uns studieren und auch später für deutsche Firmen tätig werden. Jede im Ausland ausgegebene Mark ist eine Zukunftsinvestition - auch im Blick auf internationale Wettbewerbsfähigkeit.

Der Europäische Rat in Lissabon hat im März des vorigen Jahres den europäischen Bildungsraum auf hohem Qualitätsniveau als Ziel bekräftigt. Er hat damit zugleich der Bildungspolitik in der EU einen neuen und perspektivischen Stellenwert zugemessen.

Das ist eine Reaktion auf die Herausforderungen der Globalisierung, der wir mit einer europäischen Antwort begegnen müssen. Im Kern stehen wir damit vor der Herausforderung Elemente einer allgemeinen Bildung in und für Europa zu entwickeln und langfristig stufenweise in der Praxis zu realisieren. In diesem Zusammenhang muss allerdings auch klar sein, dass nationale Systeme nicht in einem europäischen Bildungssystem aufgehen. Dem stehen die unterschiedlichen Traditionen, notwendige Freiräume für eigene Reformen und Innovationen, Wettbewerb und politische Verantwortung vor Ort entgegen. Die Länder treten in der Kultusministerkonferenz so wie im Bundesrat nachdrücklich im Sinne des Subsidiaritätsprinzips für eine fördernde und unterstützende Rolle der europäischen Institutionen im Bildungsbereich ein. Dies geschieht z. B. über den Weg der Förderprogramme der EU, die in steigendem Umfang zu unmittelbarer Kooperation unter unseren Bildungseinrichtungen führen und den Austausch innovativer Entwicklungsmodelle gewährleisten.

In allen Diskussionen europäischer Bildungs- und Kulturpolitik muss gelten: Verantwortlichkeiten werden nicht von oben nach unten zugewiesen. Der Wert der regionalen und nationalen Politik muss ernst genommen werden. Die europäische Ebene muss sich auf das konzentrieren, was nicht mehr in sinnvoller Weise national geregelt wird. Es ist nur natürlich, dass ein föderal strukturiertes Mitgliedsland auf diesen Gesichtspunkt besonders hinweisen wird.

9.

Die KMK hat in den vergangenen zehn Jahren kontinuierlich einen nachhaltigen Beitrag zur Herstellung der inneren Einheit in Deutschland im Bereich von Bildung und Kultur geleistet. Hierzu hat zahlreiche Zusammenarbeit zwischen Ländern in Ost und West ebenso beigetragen wie Partnerschaften zwischen Schulen und gemeinsame Projekte. Wir haben voneinander gelernt. Das zeigt z. B. die jüngste Umstellung auf das achtjährige Gymnasium im Saarland nach dem guten Vorbild in Sachsen und

Thüringen. Wir sollten auch diesen Auftrag in den kommenden Jahren nicht vergessen. Es ist viel erreicht, auf dem wir aufbauen können.

10.

Die KMK wird auch in diesem Jahr mit zahlreichen gesellschaftlichen Gruppen das Gespräch suchen. Wenn Bildungs-, Wissenschafts- und Kulturpolitik wichtige Teile der Gesellschaftspolitik sind, dann braucht es Gedankenaustausch mit anderen gesellschaftlichen Gruppen - nicht zuletzt zur selbstkritischen Reflexion einerseits und andererseits zum besseren Verständnis für die Chancen und Probleme bei der Weiterentwicklung zukunftsfähiger Perspektiven für Bildung, Erziehung, Ausbildung, Wissenschaft und Forschung.